

ANDREAS HARATSCH
CHRISTIAN KOENIG
MATTHIAS PECHSTEIN

Europarecht

13. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR SIEBECK LEHRBUCH

Mohr Siebeck Lehrbuch

Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein

Europarecht



Andreas Haratsch/Christian Koenig/
Matthias Pechstein

Europarecht

13., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Mohr Siebeck

Andreas Haratsch, geboren 1963; 1982–88 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz; 1990/91 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; 1997 Promotion; 2003 Habilitation; ab Wintersemester 2005/06 Vertreter des Lehrstuhls Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht an der FernUniversität in Hagen; seit 2007 Univ.-Prof. und Inhaber dieses Lehrstuhls; seit 2017 Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität in Hagen; 2019 Gastprofessur an der Università di Roma „La Sapienza“.

Christian Koenig, geboren 1961; 1980–85 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Mainz; 1986 Master of Laws (London School of Economics); 1988 Promotion; 1991 zweites juristisches Staatsexamen; 1993 Habilitation; seit 1994 Univ.-Prof.; seit 1999 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Matthias Pechstein, geboren 1958; 1979–85 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz und Nizza; 1987 Promotion; 1989 zweites juristisches Staatsexamen; 1989–90 Referent im Bundesministerium des Inneren für europäische Medienpolitik; 1990–93 wiss. Assistent an der Universität Bayreuth; 1993–94 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; 1994 Habilitation; seit 1995 o. Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

1. Auflage 1996
2. Auflage 1998
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006
6. Auflage 2009
7. Auflage 2010
8. Auflage 2012
9. Auflage 2014
10. Auflage 2016
11. Auflage 2018
12. Auflage 2020
13. Auflage 2023

ISBN 978-3-16-159667-4/eISBN 978-3-16-159668-1

DOI 10.1628/978-3-16-159668-1

ISSN 2568-4566 (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Jung Crossmedia Publishing in Lahnau gesetzt und von C. H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort zur dreizehnten Auflage

Dieses Lehrbuch zum Europarecht richtet sich vor allem an Studierende. Wir hoffen aber auch, dem praktisch – sei es beruflich oder anderweitig – am Europarecht Interessierten beim rechtsdogmatischen und kasuistischen Zugang zur europäischen Integration behilflich zu sein. Gegenüber der Voraufgabe ist die Darstellung des Rechts der Europäischen Union auf den prüfungsrelevanten konzentriert und gestrafft worden. Das Lehrbuch kann sowohl als Einführung als auch zum Wiederholen des europarechtlichen Prüfungstoffes anhand der Übersichten herangezogen werden. Die Prüfungsübersichten sollen als Lernkontrollen zum nochmaligen Nachlesen im betreffenden Kapitel anregen. Damit die Ausführungen immer „hart am Recht“ verstanden werden, empfehlen wir nachdrücklich, parallel zur Buchlektüre die im Text zitierten Vertragsbestimmungen nachzulesen. Ebenso wichtig ist die Lektüre zumindest der Leitentscheidungen, die am Ende einzelner Abschnitte angeführt werden. Eine wertvolle Hilfe leistet dabei die von *Matthias Pechstein* kommentierte Studienauswahl von Entscheidungen des EuGH, die zeitgleich in zwölfter Auflage im Verlag Mohr Siebeck erscheint. Eine aktuelle Ergänzung hierzu bietet das Internetprojekt *DeLuxe* (www.rewi.europa-uni.de/deluxe), in welchem in Anlehnung an den Ansatz der Entscheidungssammlung die neuesten Urteile des Gerichtshofs didaktisch aufbereitet werden. In dieser dreizehnten Auflage wird in den Fußnoten bei den einschlägigen EuGH-Urteilen auf die Entscheidungssammlung in der zwölften Auflage hingewiesen (P Nr. xy).

Die dreizehnte Auflage aktualisiert die Darstellung des Europarechts. Nicht nur die Literatur ist auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern es sind auch die seit der Voraufgabe eingetretenen Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der europarechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie im relevanten Sekundärrecht der Europäischen Union berücksichtigt worden. Hinzuweisen ist darauf, dass die amtliche Entscheidungssammlung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Jahr 2012 eingestellt worden ist. Alle Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union werden in diesem Lehrbuch daher mit dem sog. European Case Law Identifier (ECLI) zitiert (näher hierzu Rn. 470).

VI Vorwort zur dreizehnten Auflage

In dieser dreizehnten Auflage werden die Vertragsbestimmungen in der Artikelnummerierung des EU- und des AEU-Vertrags zitiert, wie sie durch den Lissabonner Vertrag eingeführt worden ist. Wird eine Vertragsbestimmung des Rechts vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zitiert, so erfolgt dies mit dem Hinweis „a. F.“, z. B. Art. 5 EGV a. F., der nach dem Lissabonner Vertrag Art. 5 EUV entspricht, oder Art. 39 EGV a. F. für den jetzigen Art. 45 AEUV.

Unser Dank für die Unterstützung bei der Überarbeitung gilt *Frau Krisztina Mezey*, Herrn *Carlos Deniz Cesarano*, Herrn *Patrick Wittum*, Frau *Hannah Döding* sowie Frau *Dela Rütten* und Frau *Nina Tippmann*. Großer Dank gebührt zudem Frau *Birgit Löckenhoff* für ihre unermüdliche Mithilfe im Rahmen der Organisation sowie für stets wertvolle Anregungen und Anmerkungen. Wir danken auch Frau *Dr. Anke Holljesiefken*, Herrn *Dr. Yury Safoklov*, Frau *Lydia Hannawald*, Herrn *Jan Sebastian Müllner*, Frau *Judith Wüst* sowie Frau *Carina Henkel* für die unermüdliche Hilfe bei der Aktualisierung der Querverweise und des Sachverzeichnisses.

Für die gewohnt vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Frau *Daniela Taudt*, LL.M. Eur., vom Verlag Mohr Siebeck.

Hagen, Bonn, Frankfurt (Oder)

*Andreas Haratsch
Christian Koenig
Matthias Pechstein*

Das Projekt DeLuxe richtet sich an alle, die an aktuellen Entwicklungen der Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit interessiert sind, Hauptzielgruppe sind Studenten und Referendare.

Die Kenntnis der wesentlichen Entscheidungen der Unionsgerichte ist notwendige Grundvoraussetzung für jeden, der sich mit dem Europarecht beschäftigt. Mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten, fällt jedoch angesichts der Dynamik der unionsgerichtlichen Rechtsprechung erfahrungsgemäß immer schwerer.

Das Projekt DeLuxe will hier Abhilfe schaffen. Aktuelle studienrelevante EuGH-Entscheidungen werden nach einem einheitlichen Muster didaktisch aufbereitet:

- **Das Wichtigste** jeder Entscheidung wird in redaktionellen Leitsätzen am Anfang zusammengefasst.
- **Vorbemerkungen** liefern die dogmatischen Hintergründe und eine kritische Würdigung zur Einordnung der Entscheidung in die Struktur des Europarechts.

- **Vertiefende Leschinnweise** in ausbildungsrelevanter Literatur ermöglichen ein weiterführendes Selbststudium.
- Der zusammenfassende **Sachverhalt** liefert den für das Verständnis der Entscheidungsgründe notwendigen tatsächlichen Hintergrund.
- Im Hauptteil werden die wichtigsten Passagen **aus den Entscheidungsgründen** im Originalwortlaut wiedergegeben.

Die gesamte Darstellung der Entscheidungen orientiert sich an dem Werk „Entscheidungen des EuGH – Kommentierte Studienauswahl“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Pechstein. Das Projekt DeLuxe versteht sich daher als stets aktuelle Ergänzung zu diesem Buch.

Viel Erfolg mit DeLuxe!

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur dreizehnten Auflage	III	
Inhaltsverzeichnis	XIII	
Abkürzungsverzeichnis	XXIX	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die

Entwicklung der europäischen Integration	1	1
I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses . .	2	3
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	2	3
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	3	7
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	4	10
4. Maastrichter Vertrag 1992	5	13
5. Amsterdamer Vertrag 1997	6	16
6. Vertrag von Nizza 2001	7	18
7. Auflösung der EGKS 2002	7	19
8. Erweiterung der Europäischen Union	7	20
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	9	23
10. Vertrag von Lissabon 2007	9	24
11. Austritt Großbritanniens	11	30

2. Kapitel Die Europäische Union 15 33

I. Die Architektur der Europäischen Union	15	33
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	15	33
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	21	46
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	22	50

X Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	23	52
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	28	63
1. Grundregeln	28	63
2. Verfahren	29	65
III. Die EU-Vertragsänderung	31	68
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	31	68
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	35	77
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	35	78
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	35	78
2. Das Beitrittsverfahren	36	82
3. Die Beitrittswirkung	37	84
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	38	85
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	38	85
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	40	90
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	41	91
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	44	100
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	44	100
2. Die Unionsorgane	87	195
3. Rechtsetzungsverfahren	127	310
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	138	345
5. Vollzug des Unionsrechts	180	438
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	185	452
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	237	576
8. Haftung der Europäischen Union	242	583
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	250	599
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	263	625
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	263	625
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	263	625
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	266	629
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	266	630
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	268	635

	Seite	Rn.
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	269	636
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	270	638
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	284	665
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	285	669
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	286	671
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	289	680
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	294	694
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	296	696
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	297	697
1. Schutzbereich	299	701
2. Diskriminierung	304	712
3. Rechtfertigung	307	716
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	310	719
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	310	720
1. Die Unionsbürgerschaft	310	720
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	316	731
3. Kommunalwahlrecht	333	753
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	334	757
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	337	761
6. Petitions- und Beschwerderecht	338	766
7. Bürgerinitiative	341	776
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	342	778
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	342	778
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	343	780
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	347	785
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	364	810
5. Freiheit des Warenverkehrs	365	811
6. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	394	866
7. Niederlassungsfreiheit	415	912
8. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	443	955
9. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	470	1004
4. Kapitel Ausgewählte interne Politiken der Europäischen Union	487	1033
I. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	487	1033
1. Allgemeine Bestimmungen	487	1033
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	488	1037

XII Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	494	1049
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	496	1051
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	501	1061
II. Wettbewerbskontrolle	503	1066
1. Wettbewerbspolitik	503	1066
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	509	1073
3. Beihilfenkontrolle	563	1162
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	607	1237
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	621	1260
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	621	1260
1. Grundlagen und Ziele der GASP	621	1260
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	623	1264
3. Die Handlungsformen der GASP	625	1269
4. Institutionen der GASP	627	1275
5. Die Finanzierung der GASP	629	1281
II. Assoziierungspolitik	630	1282
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	630	1282
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	630	1283
III. Gemeinsame Handelspolitik	632	1287
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	633	1288
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	634	1290
3. Handelsembargos der Europäischen Union	635	1293
Ausgewählte Literaturempfehlungen	639	
I. Lehrbücher	639	
II. Handbücher und Kommentare	640	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	641	
IV. www-Adressen	641	
Sachverzeichnis	643	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur dreizehnten Auflage	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXIX	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Integration

I. Zum Begriff des Europarechts

II. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	2	3
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	3	7
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	4	10
4. Maastrichter Vertrag 1992	5	13
5. Amsterdamer Vertrag 1997	6	16
6. Vertrag von Nizza 2001	7	18
7. Auflösung der EGKS 2002	7	19
8. Erweiterung der Europäischen Union	7	20
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	9	23
10. Vertrag von Lissabon 2007	9	24
11. Austritt Großbritanniens	11	30

2. Kapitel Die Europäische Union

I. Die Architektur der Europäischen Union

1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	15	33
a) Von der Tempelkonstruktion zur einheitlichen Union	15	33
b) Die Union als Staatenverbund	17	37
c) Die Charakteristik des supranationalen Unionsrechts	18	39

XIV Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
d) Der intergouvernementale Charakter des Unionsrechts im Bereich der GASP	19	42
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	21	46
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	22	50
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungs- fähigkeit der Europäischen Union	23	52
a) Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Union . .	23	52
b) Die Vertragsschlusskompetenzen der Europäischen Union	24	54
c) Das Vertragsschlussverfahren	26	59
d) Die Deliktstfähigkeit der Europäischen Union	27	61
e) Das Gesandtschaftsrecht der Europäischen Union	27	62
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	28	63
1. Grundregeln	28	63
2. Verfahren	29	65
III. Die EU-Vertragsänderung	31	68
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	31	68
a) Das ordentliche Änderungsverfahren	31	69
b) Die vereinfachten Änderungsverfahren	32	73
aa) Das vereinfachte Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	32	73
bb) Das Brückenverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV . . .	33	74
c) Kein änderungsfester Kern des Unionsrechts	34	76
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	35	77
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	35	78
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	35	78
2. Das Beitrittsverfahren	36	82
3. Die Beitrittswirkung	37	84
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	38	85
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	38	85
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	40	90
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	41	91
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	44	100
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	44	100
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz	44	100
aa) Die Öffnung der deutschen Rechtsordnung	44	101

	Seite	Rn.
bb) Anforderungen an die Struktur der Europäischen Union	47	105
(α) Effektiver Grundrechtsschutz auf Unionsebene	47	106
(β) Die Weiterentwicklung der Demokratie auf Unionsebene	48	108
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union	50	114
aa) Unantastbarkeit der souveränen Staatlichkeit Deutschlands	52	118
bb) Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU	52	119
cc) Bewahrung der innerstaatlichen Demokratie	54	122
c) Überwachung der Integrationsgrenzen durch das BVerfG	55	123
aa) Identitätskontrolle	57	126
bb) Ultra-vires-Kontrolle	58	129
cc) Die Grundrechtskontrolle	60	135
dd) Unanwendbarkeit des Rechts der Europäischen Union	62	137
ee) Vorherige Vorlage an den Europäischen Gerichtshof	63	140
ff) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	64	142
d) Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten	65	144
aa) Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten	65	144
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	67	151
cc) Kompetenzergänzungsbestimmung und „implied powers“	70	157
dd) Subsidiaritätsprinzip	71	160
ee) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	75	171
ff) Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	76	175
gg) Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	82	186
e) Pflicht zur Unionstreue	84	189
f) Schutz- und Notstandsklauseln	85	191
g) Notbremsemechanismus	85	193
2. Die Unionsorgane	87	195
a) Überblick	87	195
b) Institutionelles Gleichgewicht	88	198
c) Europäisches Parlament	88	200
aa) Zusammensetzung und Organisation des Parlaments	89	201
bb) Aufgaben des Parlaments	95	216
cc) Beschlussfassung	97	224

	Seite	Rn.
d) Europäischer Rat	98	226
aa) Zusammensetzung und Organisation des Europäischen Rates	98	227
bb) Aufgaben des Europäischen Rates	99	231
cc) Beschlussfassung	100	233
e) Rat	101	235
aa) Zusammensetzung und Organisation des Rates	101	236
bb) Aufgaben des Rates	104	242
cc) Beschlussfassung	105	244
(α) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit	105	245
(β) Einstimmige Beschlussfassung	107	250
f) Europäische Kommission	107	252
aa) Zusammensetzung und Organisation der Kommission	108	253
bb) Aufgaben der Kommission	113	266
cc) Beschlussfassung	114	270
dd) Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	114	271
g) Gerichtshof der Europäischen Union	116	275
aa) Gerichtshof	116	277
bb) Gericht	118	284
cc) Fachgerichte	120	289
h) Europäische Zentralbank	121	290
i) Rechnungshof	122	296
j) Institutionen der Europäischen Union	123	298
aa) Wirtschafts- und Sozialausschuss	123	299
bb) Ausschuss der Regionen	124	302
cc) Europäische Investitionsbank	125	306
k) Einrichtungen und sonstige Stellen der Europäischen Union	126	307
3. Rechtsetzungsverfahren	127	310
a) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	129	315
b) Besondere Gesetzgebungsverfahren	131	323
aa) Anhörungsverfahren	132	326
bb) Zustimmungsverfahren	133	328
c) Der Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchfüh- rungsrechtsakten	133	329
aa) Delegierte Rechtsakte	134	330
bb) Durchführungsrechtsakte	134	331
(α) Beratungsverfahren	136	338
(β) Prüfverfahren	136	339
d) Beschlussverfahren im Rahmen der GASP	137	342

	Seite	Rn.
e) Sonstige in den Verträgen vorgesehene Rechtsetzungsverfahren	138	344
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	138	345
a) Zur Rechtsnatur des Unionsrechts	138	345
b) Primäres supranationales Unionsrecht	141	349
c) Abgeleitetes supranationales Unionsrecht	144	358
aa) Verordnungen	147	364
bb) Richtlinien	148	366
(α) Die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten	149	367
(β) Unmittelbare Wirkung	151	371
(γ) Das Gebot richtlinienkonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	157	383
cc) Beschlüsse	159	388
dd) Empfehlungen und Stellungnahmen	162	395
ee) Protokollerklärungen	163	397
ff) Austauschbarkeit der Rechtsakte	163	398
gg) Formerfordernisse und Inkrafttreten von Sekundärrecht	164	400
hh) Aufhebung	167	409
ii) Durchsetzung	168	412
d) Europäisches Gewohnheitsrecht	170	415
e) Allgemeine Rechtsgrundsätze	171	419
f) Völkergewohnheitsrecht	172	422
g) Völkerrechtliche Verträge	174	430
5. Vollzug des Unionsrechts	180	438
a) Formen des Vollzugs	180	438
b) Verwaltungsorganisation bezüglich des Vollzugs	180	440
c) Verwaltungsverfahren	181	442
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	185	452
a) Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs	185	452
b) Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	187	459
aa) Sachliche Zuständigkeiten des EuG	187	459
bb) Sachliche Zuständigkeiten des EuGH	188	461
cc) Verweisung bei Unzuständigkeit und Aussetzung des Verfahrens	189	463
c) Verfahrensablauf vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht	189	465
d) Die einzelnen Verfahrensarten	191	471
aa) Vertragsverletzungsverfahren	191	471
(α) Funktion der Vertragsverletzungsverfahren	191	471
(β) Zulässigkeit der Vertragsverletzungsklage	192	474
(γ) Begründetheit der Vertragsverletzungsklage	195	483

	Seite	Rn.
(δ) Urteilswirkungen im Vertragsverletzungs- verfahren	198	490
(ε) Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungs- verfahren	199	491
bb) Nichtigkeitsklage	201	493
(α) Funktion der Nichtigkeitsklage	201	493
(β) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	202	496
(γ) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	211	521
(δ) Urteilswirkungen im Nichtigkeitsverfahren . . .	212	523
(ε) Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage	212	524
cc) Untätigkeitsklage	214	525
(α) Funktion der Untätigkeitsklage	214	525
(β) Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	215	526
(γ) Begründetheit der Untätigkeitsklage	218	536
(δ) Urteilswirkungen im Untätigkeitsverfahren . . .	218	537
(ε) Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage	219	538
dd) Amtshaftungsklage	221	539
(α) Funktion der Amtshaftungsklage	221	539
(β) Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	221	540
(γ) Begründetheit der Amtshaftungsklage	223	547
(δ) Urteilswirkungen im Amtshaftungsverfahren . .	223	548
(ε) Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage	224	549
ee) Vorabentscheidungsverfahren	225	550
(α) Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens . . .	225	550
(β) Annahmefähigkeit der Vorlagefrage („Zulässigkeit“)	226	551
(γ) Beantwortung der Vorlagefrage durch Urteil des EuGH	231	563
(δ) Rechtswirkungen des Vorabentscheidungsurteils	231	564
(ε) Prüfungsschema zum Vorabentscheidungs- verfahren	232	565
ff) Rechtsmittelverfahren	234	566
gg) Sonstige Verfahren vor den Unionsgerichten	236	573
(α) Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel	236	573
(β) Gutachten	236	574
(γ) Inzidenträge	236	575
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	237	576
a) Grundsatz der nationalen Verfahrensautonomie	237	576
b) Grenzen der nationalen Verfahrensautonomie	238	578
8. Haftung der Europäischen Union	242	583
a) Vertragliche Haftung	242	583

	Seite	Rn.
b) Außervertragliche Haftung	243	585
aa) Amtshandlung eines Unionsorgans oder -bediensetzten	243	586
bb) Rechtswidrigkeit der Amtshandlung	244	588
cc) Haftung für rechtmäßiges Unionshandeln	245	589
dd) Schutznormverletzung	245	590
ee) Schaden	247	592
ff) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden	247	593
gg) Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	248	594
hh) Rechtsfolge	248	595
ii) Verjährung	249	596
c) Haftung der Bediensteten	249	597
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	250	599
a) Herleitung des Haftungsanspruchs	250	600
b) Anspruchsvoraussetzungen	251	603
aa) Mitgliedstaatlicher Verstoß gegen Unionsrecht	252	604
bb) Verleihung subjektiver Rechte	254	610
cc) Hinreichende Qualifikation des Verstoßes	254	611
(α) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei der Richtlinienumsetzung	256	616
(β) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei judikativem Unrecht	257	617
dd) Kausalität zwischen Unionsrechtsverstoß und Schaden	258	618
c) Rechtsfolge	259	620
d) Verjährung	260	623
e) Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	261	624
 3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	 263	 625
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	263	625
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlicher Grundrechtsschutzes	263	625
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	266	629
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	266	630
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	268	635
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	269	636

	Seite	Rn.
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	270	638
a) Die Bindung der Unionsorgane, -einrichtungen und sonstigen Stellen	271	639
b) Die Bindung der Mitgliedstaaten	271	640
aa) Die grundsätzliche Bindung bei der Durchführung von Unionsrecht	271	640
bb) Die Bindung bei vollvereinheitlichem Unionsrecht	273	642
cc) Die Bindung bei gestaltungsoffenem Unionsrecht . .	274	644
dd) Die Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab des BVerfG	280	658
ee) Die Vorlagepflicht des BVerfG und der letztinstanz- lichen Fachgerichte nach Art. 267 Abs. 3 AEUV . . .	282	663
c) Bindung Privater (Drittwirkung)?	282	664
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	284	665
a) Die sachlichen Bereiche des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	284	665
b) Der persönliche Schutzbereich der Unionsgrundrechte . .	285	668
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	285	669
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	286	671
a) Rechtfertigung von Eingriffen in Freiheits- gewährleistungen	286	672
aa) Gesetzliche Grundlage	286	672
bb) Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	287	675
cc) Verhältnismäßigkeit der Grundrechtsbeschränkung	287	676
dd) Wahrung des Wesensgehalts des Grundrechts	288	677
b) Rechtfertigung von Eingriffen in Gleichheitsrechte	288	678
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	289	680
a) Die Rechtslage vor dem Beitritt zur EMRK	289	680
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	291	683
aa) Inhalt des Entwurfs eines Beitrittsabkommens	291	684
bb) Das EuGH-Gutachten zum Entwurf eines Beitrittsabkommens	293	690
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	294	694
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	296	696

**II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen
der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV**

1. Schutzbereich	299	701
a) Persönlicher Schutzbereich	299	701
b) Sachlicher Schutzbereich	300	702
aa) Anwendungsbereich des AEUV	300	703
bb) Anwendungsbereich des EUV	303	709
cc) Verselbstständigte Anwendung des Art. 18 AEUV . .	304	711

	Seite	Rn.
2. Diskriminierung	304	712
3. Rechtfertigung	307	716
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	310	719
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	310	720
1. Die Unionsbürgerschaft	310	720
a) Die Unionsbürgerschaft als föderales Angehörigkeits- verhältnis	310	720
b) Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	312	724
c) Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV	316	730
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	316	731
a) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Rechte auf Bewegung und Aufenthalt	319	733
aa) Schutzbereich	319	733
bb) Eingriff	321	737
cc) Rechtfertigung	322	738
b) Sonstige Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	326	744
aa) Anwendungsbereich	326	744
bb) Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	327	746
cc) Rechtfertigung	329	749
c) Freizügigkeitsrelevantes Sekundärrecht	330	750
d) Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, Art. 21 Abs. 1 AEUV	331	752
3. Kommunalwahlrecht	333	753
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	334	757
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	337	761
6. Petitions- und Beschwerderecht	338	766
a) Petitionen zum Europäischen Parlament	338	766
b) Anrufung des Bürgerbeauftragten	339	769
c) Schriftliche Eingaben an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union	340	775
7. Bürgerinitiative	341	776
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	342	778
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	342	778
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	343	780
a) Funktionen des Sekundärrechts	343	780
b) Vorrangige Prüfung des Sekundärrechts	345	782
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	347	785
a) Überblick	347	785
b) Schutzbereich	347	786

	Seite	Rn.
c) Eingriff	349	788
aa) Verpflichtungsadressaten	349	788
bb) Diskriminierung	351	791
cc) Beschränkung	353	794
d) Rechtfertigung	357	799
e) Rechtsfolgen	362	806
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	364	810
5. Freiheit des Warenverkehrs	365	811
a) Die Zollunion	366	812
b) Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	368	818
aa) Schutzbereich	368	818
(α) Sachlicher Schutzbereich	368	818
(β) Persönlicher Schutzbereich	370	826
bb) Eingriff	371	827
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten/ Schutzpflicht	371	827
(β) Mengengmäßige Ein- und Ausfuhr- beschränkungen	373	831
(γ) Maßnahmen gleicher Wirkung	375	833
(αα) Ausgangspunkt: <i>Dassonville</i> -Formel und <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	375	833
(ββ) Einschränkung der <i>Dassonville</i> -Formel durch die <i>Keck</i> -Formel	379	838
(γγ) Anwendung der <i>Keck</i> -Formel bei Nutzungsmodalitäten?	383	844
(δδ) Übergang zu einer Neuen Formel?	384	845
cc) Rechtfertigung	387	847
(α) Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	387	847
(β) Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis</i> -Recht- sprechung	390	857
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes	392	862
c) Umformung der staatlichen Handelsmonopole	393	863
6. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	394	866
a) Schutzbereich	395	867
aa) Sachlicher Schutzbereich	395	868
(α) Begriff des Arbeitnehmers	395	868
(β) Grenzüberschreitung	398	873
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	399	874
(δ) Bereichsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	399	876

	Seite	Rn.
bb) Persönlicher Schutzbereich	401	878
cc) Zeitlicher Schutzbereich	402	881
b) Eingriff	403	882
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	403	882
bb) Beeinträchtigungen	404	885
(α) Diskriminierungen	404	886
(β) Beschränkungen	407	891
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	409	896
c) Rechtfertigung	410	898
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	410	899
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	411	902
cc) Rechtfertigung unter Berufung auf Grundrechte	412	905
(α) Staatliche Schutzpflicht zugunsten privater Grundrechtsausübung	412	905
(β) Private Grundrechtsausübung	413	906
(γ) Praktische Konkordanz	414	907
dd) Rechtfertigung privater Eingriffe durch „sachliche Gründe“	414	908
ee) Schranken-Schranken	414	909
d) Maßnahmen der Union zur Herstellung der Freizügigkeit und sozialen Sicherheit	415	910
7. Niederlassungsfreiheit	415	912
a) Schutzbereich	416	913
aa) Sachlicher Schutzbereich	416	914
(α) Der Begriff der Niederlassung	416	914
(β) Grenzüberschreitender Bezug	418	917
(γ) Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt	419	918
bb) Persönlicher Schutzbereich	420	919
(α) Natürliche Personen	420	919
(β) Juristische Personen	421	922
(αα) Beeinträchtigung durch den Gründungs- mitgliedstaat (Wegzugskonstellation)	423	926
(ββ) Beeinträchtigung durch den Aufnahme- mitgliedstaat (Zuzugskonstellation)	424	927
(γγ) Zusammenfassung	426	929
(δδ) Grenzfälle	426	930
(εε) Unionsrechtliche Gesellschaftsformen	429	933
b) Eingriff	431	937
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	431	937

	Seite	Rn.
bb) Diskriminierung	432	938
cc) Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen . .	434	943
c) Rechtfertigung	436	945
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 52 Abs. 1 AEUV . .	436	945
bb) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der Gebhard-Formel	437	948
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	439	950
dd) Schranken-Schranken	440	951
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	441	953
aa) Die einheitliche Anerkennungsrichtlinie für Berufsqualifikationen	441	953
bb) Koordinierungsrichtlinien außerhalb der Anerkennung von Berufsqualifikationen	442	954
8. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	443	955
a) Schutzbereich	444	956
aa) Sachlicher Schutzbereich	444	957
(α) Begriff der Dienstleistung	444	957
(β) Grenzüberschreitung/Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit	448	965
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	449	967
(δ) Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt	450	968
bb) Persönlicher Schutzbereich	450	969
b) Eingriff	452	973
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	452	973
bb) Beeinträchtigungen	452	974
(α) Diskriminierung	454	976
(β) Beschränkung	458	983
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	460	985
c) Rechtfertigung	462	989
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV	462	989
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	463	992
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	464	995
dd) Schranken-Schranken	465	996

	Seite	Rn.
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	466	997
aa) Anerkennung von Berufsqualifikationen	467	998
bb) Die Dienstleistungsrichtlinie	468	999
9. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	470	1004
a) Verbot der Beschränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	470	1004
aa) Schutzbereiche	471	1005
(α) Sachlicher Schutzbereich der Kapitalverkehrs-freiheit	471	1005
(β) Sachlicher Schutzbereich der Zahlungsverkehrs-freiheit	475	1012
(γ) Persönlicher, räumlicher und zeitlicher Schutzbereich der Kapital- und Zahlungsverkehrs-freiheit	476	1013
bb) Eingriff	476	1014
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	476	1014
(β) Einheitlicher Beschränkungs-begriff	476	1015
cc) Rechtfertigung	478	1018
(α) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	479	1019
(αα) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. a AEUV	479	1019
(ββ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. b AEUV	480	1021
(γγ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 2 AEUV	482	1025
(β) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	482	1027
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts-schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	484	1030
dd) Die sekundärrechtliche Ausgestaltung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	484	1031
b) Schutz- und Embargomaßnahmen	485	1032

4. Kapitel Ausgewählte interne Politiken der Europäischen Union 487 1033

I. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	487	1033
1. Allgemeine Bestimmungen	487	1033
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	488	1037
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	494	1049

	Seite	Rn.
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	496	1051
a) Grundlagen und Ziele	496	1051
b) Gegenseitige Anerkennung in Strafsachen	496	1052
c) Eurojust	499	1057
d) Europäische Staatsanwaltschaft	500	1060
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	501	1061
a) Grundlagen und Ziele	501	1061
b) Handlungsfelder der polizeilichen Zusammenarbeit	502	1063
aa) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV	502	1063
bb) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV	502	1064
cc) Völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV	503	1065
II. Wettbewerbskontrolle	503	1066
1. Wettbewerbspolitik	503	1066
a) Kurzüberblick	503	1066
b) Das Schutzgut „Wettbewerb“	504	1068
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	509	1073
a) Kartellverbot – Art. 101 AEUV	509	1073
aa) Verbot mit Legalausnahme und anschließender Kontrolle	509	1073
bb) Normadressaten des Kartellverbots	510	1076
(α) Unternehmen	510	1076
(β) Öffentliche und mit ausschließlichen oder besonderen Rechten ausgestattete Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	515	1084
(γ) Mitgliedstaaten	517	1087
cc) Erfasste Verhaltensweisen	520	1089
dd) Wettbewerbsverfälschung	522	1094
ee) Spürbarkeit und Zwischenstaatlichkeit	526	1098
ff) Die Ausnahmevorschrift des Art. 101 Abs. 3 AEUV	526	1100
gg) Die Kommissionsbefugnisse (Kartellverfahrensverordnung 1/2003) und die zivilrechtlichen Folgen	529	1103
b) Missbrauchsaufsicht – Art. 102 AEUV	535	1111
aa) Marktbeherrschende Stellung	535	1113
(α) Marktabgrenzung	536	1114
(β) Marktbeherrschung	539	1121
bb) Missbräuchliche Ausnutzung	543	1128
c) Sektorspezifische Wettbewerbsbestimmungen	553	1146
d) Fusionskontrolle	556	1149

	Seite	Rn.
e) Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln, Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht und Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden mit der Kommission	561	1157
aa) Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln . . .	561	1157
bb) Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht	561	1158
cc) Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbs- behörden mit der Kommission	562	1160
3. Beihilfenkontrolle	563	1162
a) Bedeutung und Struktur des EU-Beihilfenrechts	563	1162
b) Der Verbotstatbestand der Art. 107 Abs. 1, Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	566	1166
aa) Begünstigung	567	1168
bb) Staatlich oder aus staatlichen Mitteln gewährt	575	1183
cc) Bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige – Selektivität	581	1193
dd) Verfälschung des Wettbewerbs	589	1201
ee) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . .	590	1203
c) Ausnahmen vom Beihilfenverbot	591	1205
aa) Legalausnahmen – Art. 107 Abs. 2 AEUV	593	1209
bb) Ausnahmen, die im Ermessen der Kommission stehen – Art. 107 Abs. 3 AEUV	594	1210
d) Verfahren der Beihilfenaufsicht	599	1219
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	607	1237
a) Die Bereichsausnahmevorschrift des Art. 106 Abs. 2 AEUV	607	1237
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	608	1239
c) Betrauungsakt	611	1243
d) Verhinderung der Aufgabenerfüllung	613	1246
e) Staatliche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI	614	1248
aa) Der Ausschluss des Beihilfentatbestandes nach den <i>Altmark</i> -Voraussetzungen	615	1249
bb) Das DAWI-Paket (<i>Almunia</i> -Paket)	616	1251
f) Die Kommissionsbefugnisse gegenüber den Adressaten der Absätze 1 und 2 des Art. 106 AEUV (Art. 106 Abs. 3 AEUV)	619	1258

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	621	1260
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	621	1260
1. Grundlagen und Ziele der GASP	621	1260
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	623	1264
3. Die Handlungsformen der GASP	625	1269
4. Institutionen der GASP	627	1275
5. Die Finanzierung der GASP	629	1281
II. Assoziierungspolitik	630	1282
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	630	1282
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	630	1283
III. Gemeinsame Handelspolitik	632	1287
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäi- schen Union	633	1288
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	634	1290
3. Handelsembargos der Europäischen Union	635	1293
Ausgewählte Literaturempfehlungen	639	
I. Lehrbücher	639	
II. Handbücher und Kommentare	640	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	641	
IV. www-Adressen	641	
Sachverzeichnis	643	

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/r Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABLEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABLEU	Amtsblatt der Europäischen Union
ABLEWG	Amtsblatt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Abs.	Absatz
ACER	European Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AdR	Ausschuss der Regionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
Anm.	Anmerkung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie („Rinderwahnsinn“)
BSG	Bundessozialgericht